

Wolfgang Ockenfels: Zensuren gefällig?

Konservativen Katholiken fällt es immer noch schwer, Papst und Bischöfe zu kritisieren, selbst dann, wenn diese förmlich dazu herausfordern, in Interviews etwa, die oft unerleuchtet erscheinen. Früher hatten brave Katholiken eher den Drang, die hohe Geistlichkeit in Ehrfurcht und Gehorsam gegen Angriffe zu verteidigen. Ganz früher konnten sie dabei auf amtskirchliche Inquisition, Zensuren und auf den „Index der verbotenen Bücher“ zurückgreifen. Heute liegen in Rom und zumal in Deutschland die Dinge anders: Papst und Bischöfe werden von denen gelobt, die einst zu den schärfsten Kirchenfeinden zählten. Allerdings nur unter der Bedingung des politischen Entgegenkommens und um den Preis, Abstriche von der traditionellen Lehre zu machen.

Den Beifall von der „falschen Seite“ muß man nicht unbedingt verachten, wenn von daher ausnahmsweise gute Argumente kommen. Aber gute Argumente sind in emotional aufgewühlten „revolutionären“ Zeiten eher selten. Das gilt für beide Seiten, sogar für die kirchenamtliche, von der man eigentlich annehmen sollte, daß sie sich von zeitgeistigen und machtpolitischen, von hypothetischen und kontingenten Urteilen leichter lösen könnte als jene flüchtigen (partei)politischen Gestalten und Chimären, die kommen und gehen.

Der gegenwärtige, nicht immer geistesgegenwärtige Papst erweckt – anders als seine die Kontinuität von Amt und Lehre betonenden Vorgänger – gelegentlich den nervösen wie enervierenden Eindruck eines wenig souveränen, aber aktuell populistischen Zeitgenossen, der per Zeitungsinterviews seine höchst persönliche Meinung über Gott und die Welt von sich gibt. Seine erprobten Mitarbeiter kämpfen, solange sie noch nicht abgelöst worden sind, mit der Schwierigkeit, die unausgegorenen Spontanäußerungen ihres sprunghaften Chefs

sinnvoll zu interpretieren und einzuordnen. Und einige Kardinäle stellen kritische Fragen.

Jenseits der Unfehlbarkeit entfuhr es kürzlich Seiner Heiligkeit, daß ihn die gegenwärtigen populistischen Tendenzen in Europa an die Weimarer Republik mitsamt der nationalsozialistischen Machtergreifung durch Adolf Hitler erinnerten. Doch diese gefährliche Erinnerung ist trügerisch und verharmlost das NS-Regime, denn es hätte ja schon gereicht, wenn Papst Bergoglio auf seine eigenen Erfahrungen im Kontext des populistischen Peron-Regimes hingewiesen hätte.

Näherliegend wäre auch die unangenehme Erinnerung an die argentinische Militärdiktatur gewesen. Immerhin bekennt sich Papst Franziskus zur klassischen katholischen Moral- und Soziallehre von der Schutzwürdigkeit des menschlichen Lebens auch und gerade der Ungeborenen. Das ist wohl der Grund dafür, daß sich der Papst bisher noch nicht vom neuen US-Präsidenten Donald Trump distanziert hat, zu dessen ersten Amtshandlungen die Sistierung staatlicher Beihilfen zur organisierten Tötung ungeborener Kinder gehört. Es war übrigens die Mehrheit der katholischen Wähler in den USA, die Trump zum Sieg verhalf.

Dort lassen sich sogar die Bischöfe pro life aktivieren – anders als jene müden Oberhirten in Deutschland, die sich lieber der etablierten political correctness unterwerfen. Von den amerikanischen Wirklichkeiten und Wirksamkeiten ist die Deutsche Bischofskonferenz noch weit entfernt. In ihrem Vorsitzenden bewegt sie sich, im Unterschied zur traditionell katholischen, aber auch zur konservativ protestantischen Wählerschaft, in Richtung auf eine sozial-liberal-grüne Klientel, der das Katholisch-Christliche völlig fremd ist. Mögen auch die früher maßgeblichen Vorbehalte gegenüber einer dem Rechtsstaat und dem Völkerrecht entgegengesetzten unkontrollierten Einwanderung plötzlich durch Angela Merkels Entscheidung außer Kraft gesetzt worden sein, gibt es immer noch Bischöfe, die diesem regierungsamtlichen Treiben begeistert zustimmen. Und zwar mit Argumenten, die der

endzeitlichen Ethik Jesu, also der gnadenhaft-individuell adressierten Bergpredigt entnommen sind, aber nicht den Zehn Geboten, die den Inhalt eines vernünftigen Naturrechts ausmachen, weil sie universalisierbar sind und reziprok gelten. Nicht die Gerechtigkeit im Rechtsstaat, sondern die gläubig gefühlte Barmherzigkeit ist hier zur politischen Richtschnur geworden. Hier vermischen sich Glaube und Politik, und die klassische Unterscheidung, die ursprüngliche Gewaltenteilung zwischen imperium und sacerdotium löst sich auf.

Besonders in Wahlkampfzeiten sollten sich deutsche Bischöfe parteipolitisch zurückhalten, denn sie sind weder hinreichend sachlich kompetent noch theologisch legitimiert, Urteile über die Wählbarkeit von Parteien zu fällen, deren Programme sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Natürlich ist die AfD keine ausdrücklich „christliche Partei“, aber das sind die anderen Parteien, einschließlich der CDU, auch nicht (mehr) – und sollten diesen allzu hohen Anspruch auch nicht mehr erheben. Aber nach welchen Maßstäben kann man sie kirchlicherseits messen? Eine politisierende Eminenz aus München riskiert ihre Amtsautorität und hat kürzlich in einem Interview eine „rote Linie“ gezogen, die sich erwartungsgemäß allein von der AfD abgrenzt: „Zum Beispiel bei Ausländerfeindlichkeit, Verunglimpfung anderer Religionsgemeinschaften, bei einer Überhöhung der eigenen Nation, bei Rassismus, Antisemitismus, bei Gleichgültigkeit gegenüber der Armut in der Welt, auch bei der Art und Weise, wie wir miteinander reden. Wo grob vereinfacht wird, wo Parolen zur Feindschaft beitragen – da kann ein Christ eigentlich nicht dabei sein.“ Aber stimmen diese Insinuationen überhaupt? Oder sind sie nicht selber eher „grob vereinfacht“ und geeignet, als „Parolen zur Feindschaft“ beizutragen? Wo bleiben die Kriterien von Ehe, Familie, Kinder und Lebensrecht? Wo wird die aggressive Islamisierung erwähnt, vor der sich Frauen, Homosexuelle, Juden und Christen zu fürchten haben? Solche Sorgen werden künftig wohl ausradiert, und zwar durch neue Formen (halb)staatlicher Zensur, welche

fake-news und hate speech im Internet verbieten will. Sollte sich die Kirche an dieser Meinungsfreiheitsberaubung beteiligen, plädiere ich für die Wiedereinführung der Inquisition, die sich wenigstens noch um rechtsstaatliche Fortschritte verdient gemacht hat.

(Aus dem Editorial von „Die Neue Ordnung“)